

Correspondent.

Bezugspreis Vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 Mk., monatlich 35 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,62 Mk. Einzelnummer 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
• 8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
• 4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum 1. Zahl u. Preis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. (einstufige Anzeigen 20 Pf. Restraum pro Seite 30 Pf.). Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle keine Familien-Kundenschriften entgegengenommen.
— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
Für unerlangte Einladungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 102.

Donnerstag den 2. Mai 1907.

33. Jahrg.

Die Reichstagsrede des Fürsten Bülow über die internationale Lage.

Der Reichskanzler hat am Dienstag bei Beratung des Staats des Auswärtigen Amtes im Reichstage die Geduld nicht nur des zahlreichen erschienenen Publikums, sondern auch der Abgeordneten und nicht zum wenigsten der Journalisten auf eine harte Probe gestellt, indem er erst die Redner sämtlicher größeren bürgerlichen Parteien sprechen ließ, ehe er selber auf die von den verschiedenen Seiten an ihn gerichteten Anfragen das Wort ergriß zu einer nur halbhinlängigen, aber noch durchdringlichen und von tiefem Ernst getragenen Rede über die augenblickliche Position Deutschlands in der auswärtigen Politik. Diese Zurückhaltung des Reichskanzlers, der freimütig vorausschickte, daß er nur auf diejenigen Fragen antworten werde, von deren Beantwortung er sich einen Nutzen verspreche, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß trotz aller offensiven Beschwichtigungsverläufe auch die Reichsregierung die derzeitige internationale Lage um einige Grade ernster beurteilt als zum Schluß der letzten Legislaturperiode, wo Fürst Bülow auf die mit dem Abg. Bessermann vereinbarte Interpellation dem Reichskanzler über den Stand unserer damaligen Beziehungen zum Auslande Auskunft gab.

Schon die äußere Disposition der Rede des Reichskanzlers, die in ihrer ersten Hälfte sich ausschließlich mit der Haager Konferenz beschäftigte und erst ganz zum Schluß mit weniger, aber sichtlich wohlüberlegten Worten auf die Beziehungen zu England, Frankreich, Italien und die englisch-russische Versöhnung über Versien eingieng, ließ erkennen, daß es noch gewisse unausgeglichenere Differenzen in unseren Beziehungen zu einzelnen Mächten gibt, die besser vorläufig aus der öffentlichen Diskussion ausbleiben.

Für die Regierung hat die heutige Verapredung unserer auswärtigen Politik durch den Reichstag zweifellos den einen nicht gering anzuschlagenden Vorteil, daß die Reichsregierung in der Lage ist, falls die am 15. Mai zusammen tretende Haager Konferenz über die Frage der Abrüstung, für welche nach der Mitteilung des Reichskanzlers noch von seiner Seite konkrete Vorschläge gemacht worden sind, in eine Diskussion eintreten sollte, darauf hinweisen zu können, daß ihre Nichtbeteiligung von sämtlichen bürgerlichen Parteien der deutschen Volkvertretung gebilligt wird. Der Abg. Dr. Wiemer hat namens der drei freisinnigen Gruppen mit Recht betont, daß an sich zwar die Abrüstungsfrage auf einer Friedenskonferenz durchaus diskutabel sei, daß aber, wie die Dinge sich jetzt entwickelt haben, Deutschland unmöglich einem internationalen Kongreß die Befugnis zubereiten könne, die Höchstgrenze der militärischen Rüstung festzusetzen. Herr v. Hertling hatte vorher schon namens des Zentrums, wie auch nach ihm die Redner aller anderen bürgerlichen Parteien, die gleiche Auffassung vertreten und noch die Unmöglichkeit dargelegt, einen gemeinsamen, der besonderen Lage eines jeden Landes gerechtwerdenden Maßstab für die Abrüstung zu finden. Unsere Nichtbeteiligung an der Diskussion über die Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz wird — diese beruhigende Versicherung glaubte der Reichskanzler abgeben zu können — jedenfalls die augenblickliche internationale Spannung nicht noch weiter verschärfen, da Deutschland nicht der einzige Staat sein wird, der eine Beteiligung an dieser Diskussion ablehnt.

Über unsere derzeitigen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten äußerte sich der Reichskanzler, wie bereits erwähnt, mit größter Zurückhaltung. Fürst Bülow steht in den jüngsten Vorkommnissen auf internationalem Gebiet nirgends einen Anlaß zu einer ersten Beurteilung für Deutschland in dem Hinzufigen, daß ihm jegliche Schönfärberei dabei fern liege. Das Zusammenstreffen von Gaeta sei bei den traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Italien nur „natürlich“ gewesen. Die Vorgänge in Marokko,

wo wir nur volle wirtschaftliche Gleichberechtigung verlangen, betrachte die deutsche Regierung aufmerksam, „aber ohne Argwohn“. Die englisch-russische Versöhnung über Versien habe nur den Zweck, „eine alte Streitfrage zu befeitigen“.

Auch die Frage, welche Bedeutung und welchen Wert der Dreidub, 3. J. für uns noch hat, die bei früheren Gelegenheiten von dem Reichskanzler sehr eingehend behandelt worden ist, wurde von ihm nur kurz gestreift, als er seine Ausführungen mit der Mahnung schloß: „Pflegen wir unsere Freundschaften, unsere Bündnisse; von der Feindschaft zwischen anderen Ländern können wir allein nicht leben“.

Wiel bemerkt wurde in der Rede des Reichskanzlers auch die wiederholt wiederkehrende Wendung, daß wir „eine ruhige, feste und sachliche auswärtige Politik im Verein mit der Sammlung aller unserer inneren Kräfte treiben müssen“. Er vergaß nur hinzuzufügen, daß es nicht Schuld des Reichstages gewesen ist und nach Lage der konstitutionell leiter sehr eingeschränkten Stellung des Reichstages auch nicht sein konnte, wenn unsere auswärtige Politik bisher die Stetigkeit und Sachlichkeit selber nur zu oft vermissen ließ. Die auch vom Reichskanzler nicht verkannten Schwierigkeiten und Gefahren, denen Deutschland infolge seiner geographischen Lage ausgesetzt ist, können nach Ansicht des Reichskanzlers nur durch „ruhiges Selbstvertrauen“ überwunden werden.

Zwischen durch nahm der Reichskanzler Stellung zu der von allen Parteien ererbten Forderung, daß dem Reichstag mehr als bisher authentisches Material über den Gang der auswärtigen Politik zugänglich gemacht werde. Der Abg. Dr. Wiemer verlangte mit Recht, daß die Mitwirkung des Parlamentes auch in der auswärtigen Politik gesichert werde. Aber gerade aus diesem Grunde — der Reichskanzler glied darüber vorsichtig hinweg und ließ das Motiv nur durchblicken — lehnte die Regierung diese Forderung vorläufig wenigstens noch ab. Man ist eben an gewissen Stellen noch immer nicht zu der Erkenntnis gekommen, daß gerade die Mitwirkung der Volkvertretung auch in der auswärtigen Politik nur geeignet ist, in Zeiten internationaler Krisen die Position eines Landes gegenüber den auswärtigen Mächten zu stärken.

Aus Rußland.

Wie wenig Achtung vor der Reichsduma in Regierungskreisen besteht, wo man in dem Parlament mehr ein Dekorationsstück als einen gesetzgebenden Faktor zu sehen scheint, beweist das Auftreten des Kriegeministers in der geheimen Sitzung vom Montag. Es war vorausgesehen, daß es über die Rekrutierungsvorlage zu lebhaften Debatten kommen würde. Wenn aber der Kriegeminister sich binstellte und den Erwählten des Volkes mit düren Worten sagte: „Wir brauchen Euch eigentlich gar nicht, Ihr müßt demwillen oder wenn Ihr es nicht tut, dann ist es auch noch so und wir haben Rekruten ohne Eure Zustimmung aus“, so kann man sich wohl denken, welches Echo eine solche Sprache in der Duma fand. Obwohl die Sitzung am Montag geheim war, ist doch folgendes über ihren Verlauf in die Öffentlichkeit gedrungen:

Der Kriegeminister erklärte, nach dem Kriege mit Japan sei es besonders notwendig, daß militärische Preislage durchsichtig zu werden. „Wollten Sie uns das erlauben, ich würde mich freuen, wie mit Soldaten demwilligen“, jagte er, so werden wir es ohne Sie ansprechen auf Grund des Paragraphen 119 der Staatsgrundgesetze.“ Darauf verlas der Kriegeminister diesen Paragraphen. „Sie müssen uns die verlangten Soldaten demwilligen“. Großer Lärm im ganzen Hause. Ruße: Wir befinden uns nicht in einer Kaiserlich-Preussischen Armee, sondern wir sind mit Soldaten Abgeordneter heissen (Kabatt) indert das Haus auf, angesichts eines so ernsten Augenblicks die Ruhe zu bewahren. (Allgemeiner Beifall außer bei der äußersten Rechten.) Hesse fuhr fort: „Als der Kriegeminister in solchem Tone sprach, vergaß er, daß er zu Vertretern des ganzen russischen Volk sprach. Der Minister kann Courtoisie von der Duma nur beanspruchen, wenn er selbst sich eines höflichen

Tones bedient.“ Hesse forderte dann die Duma auf, die Worte des Ministers zu ignorieren und die jochliche Debatte zu eröffnen. Gegen Schluß der Sitzung kam es dann zu heftigen Kämpfen, als der Sozialdemokrat Sarabonrief, solange das gegenwärtige antonatische Regime fortbesteht und die Arme zum Polizeistat im Innern verwendet werde, würden ich immer die moralischen Eigenschaften fehlen, gegen einen äußeren Feind zu kämpfen. Nach weiteren Angriffen gegen den Thron und die Arme vergrößerte sich der Lärm. Die Mitglieder der Rechten schrien, trum pelten und schlugen mit den Fäustern auf die Bänke. Die anwesenden Minister verließen den Saal. Infolge der Kämpfe schloß der Präsident Wolowin die Sitzung um 8 Uhr. Die Weiterberatung der Rekrutierungsvorlage wurde auf Dienstag vormittag 11 Uhr anberaumt.

Am Dienstag vormittag 11 Uhr hat die Reichsduma die Debatte wieder aufgenommen und die Regierungsvorlage betreffend die Festsetzung des Rekrutenkontingents mit 193 gegen 123 Stimmen angenommen. Nach einer weiteren Erklärung wurde eine von einer Kommission ausgearbeitete Uebergangsformel zur Tagesordnung einstimmig angenommen, wobei die Sozialdemokraten sich der Stimmen enthielten.

Die Polen haben sich bei ihrem Eintreten für die Rekrutierungsvorlage von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß die Autonomie Polens im Rahmen des großen russischen Reiches wünschenswert sei. Deshalb müßte die russische Arme stark erhalten werden. Allerdings mißbilligten auch sie vieles, was die Heeresverwaltung angeordnet habe.

Eine außerordentliche Sitzung des Ministerrats hatte im Laufe der Montagnacht stattgefunden. Es soll in ihr wegen eventueller Auflösung der Duma zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Stolypin und Schwanebach gekommen sein. Der Kriegeminister soll erklärt haben, der Kaiser werde, wenn die Duma die Rekrutierungsvorlage nicht annehmen und wenn der armenische Abgeordnete Sarabonrief nicht auf derselben eintreten würde, oder aber seine Abdankungen und Beschimpfungen nicht zurückzöge, die Duma auflösen, da er nie zulassen würde, daß seine Arme derartig beschimpft werde.

Von Räubern überfallen wurde nach einem Telegramm aus Sefaterinowlaw Monia nach der auf der Station Gorjainowo haltende Personenzug. Der Versuch der Räuber, die Kasse zu rauben, mißlang, doch nahmen sie dem im Zuge befindlichen preisen Kassenboten 30 000 Rubel ab. Die Räuber sind entkommen.

Nachdem die Duma am Dienstag das Rekrutierungsvorlage hauptsächlich mit Hilfe der Polen angenommen hatte, wurde noch von den Oppositionsparteien ein parlamentarischer Handreich gegen das stark gelichtete Haus mit Erfolg verübt. Die Duma nahm nämlich einstimmig einen Antrag an, wonach die Feldgerichte unverzüglich aufzuheben seien, obwohl deren Wirksamkeit schon in den nächsten Tagen von selbst erlischt. Den Verlauf der Dienstagssitzung, an deren Schluß die Duma in die Osterferien ging, schildert uns nachfolgender Bericht:

Petersburg, 30. April. Der gefürchtete heutige Tag ist gefahrlos vorübergegangen. Die Duma hat die Rekrutierungsvorlage mit einer Mehrheit von 73 Stimmen angenommen, und zwar mit 193 Stimmen gegen 120. Großes Verdienst daran haben die Polen, die 42 Stimmen dafür abgaben. Hätten sie sich der Abstimmung enthalten, wie es die linken Parteien gewünscht, so wäre die Sache recht schief gegangen. Nach der Abstimmung hielt Präsident Wolowin eine Ansprache, worin er die heftigen Widerstände gegen die Arme als einen großen, bebauernden Mißgriff hinstellte. Die Arme verdiene die heftigen Vorwürfe in keiner Beziehung. In der heutigen Sitzung brachten nun unerwartet 40 Dumabeherrschte einen Gespenstwurf ein zur Aufhebung der Feldgerichte, die Rekrutierungsvorlage während der Tätigkeit der Feldgerichte durch die ordentlichen zuständigen Gerichtshöfe. Die rechten Parteien protestierten dagegen energisch. Es wurde trotzdem abgestimmt, und das Haus, dessen Mitglieder schon zum großen Teil schon in die Osterferien ausgebrochen waren, nahm die

Vorlage einstimmig an. Die nächste Sitzung findet am 13. Mai statt.

Politische Uebersicht.

Italien. Der König von England reiste am Dienstag früh um 8 Uhr mit einem Sonderzuge von Neapel nach Ober-Italien ab. Auf dem Bahnhofe waren zur Begrüßung erschienen die Herzogin von Norfolk und Prinz Victor Napoleon. — Auf der Durchreise durch Rom wurde König Edward am Bahnhofe vom König Viktor Emanuel begrüßt. Nach einem Aufenthalt von etwa 10 Minuten setzte König Edward seine Reise nach Florenz fort.

Frankreich. Gegen die revolutionären Treiberinnen des Allgemeinen Arbeitsverbandes gerichteter Gesegenswurf erörtert worden sein. Also ein Ausnahmefall! Aber auch die bestehenden Gesetze genügen schon, um den Gegnern mit Erfolg beizukommen. Die Verfassung des Generalstreiks des Syndikats der Nahrungsmittelbranche Douquet und der Mitglieder des Arbeitsbundes Delahaye und Lévy war in einer am Montag zwischen dem Justizminister Guot Desjaigne, dem Generalanwaltschaft und dem Staatsanwalt erfolgten Besprechung beschlossen worden. Um der Ueberführung ins Gefängnis aus dem Wege zu gehen, hatte Lévy versucht, sich krank zu stellen. Delahaye und vor allem Bouquet erhoben heftigen Widerspruch gegen ihre Verhaftung. Das Verfahren wird auf Grund des Gesetzes gegen die Anarchisten eingeleitet werden. — Die gesamte Presse beschäftigt sich mit den im Ministeriale beschlossenen Maßregelungen der fünf Postbeamten und des Lehrers Negre. Jaurès erklärt in der „Humanité“ in sehr heftigen Worten, diese Maßnahmen seien eine unerhörte Herausforderung des gesamten Sozialismus und sogar eines Teiles der Radikalen. Zwischen der Regierung und der sozialistischen Partei sei nunmehr nur ein unerbittlicher Krieg möglich. Die Minister Briand und Viviani, die zwar aus dem Parteiverbande ausgetreten seien, aber sich zum Sozialismus bekannten, könnten unmöglich in diesem Ministerium verbleiben. Auch die sozialistisch-radikale „Avenir“ bereitet die Maßregelungen abfällig; besonders die Absetzung Negres sei durchaus ungerechtfertigt. Der konservativ „Figaro“ erklärt, die Beschlüsse der Regierung seien der Anfang der Weisheit und ein Erfolg des gesamten Menschenverstandes. Allerdings frage es sich, ob die Zusammenfügung des Ministeriums eine längere Dauer dieser neuen Politik gestatten werde. — Umfassende Vorbereitungen sind für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in Paris anlässlich der Reise durch die Polizei und das Militär getroffen worden. Zwölftausend Mann Militär sind über alle wichtigen Punkte der Stadt verteilt. Hunderttausend Munitionsgardisten, zweitausend Schussleute und tausend Gendarmen werden die Straßen kontrollieren. Der wichtigste Hauptquartier der Arbeiterverbände werden besonders streng überwacht. Clemenceau sagte, indem er ein Interview ablehnte, mitten in der vollen Aktion sei keine Zeit mehr für Worte, der 1. Mai werde ruhig verlaufen; dies aber hänge nicht von ihm ab. Gerüchweise verlautet, die Regierung beabsichtige nach dem Wiedereintritt der Kammer einen Gesegenswurf gegen die gemeingefährlichen Untriebe des allgemeinen Arbeiterverbandes einzubringen.

Norwegen. Der König und die Königin von Dänemark sind Montag in Christiania eingetroffen und von König Haakon begrüßt worden. Ferner hatten sich zum Empfang eingefunden das Präsidium des Storting, Mitglieder der Regierung, das diplomatische Korps sowie die Spitzen der Zivil- und der Militärbehörden. Königs fand im Schlosse große Galasäle statt. König Haakon und der König von Dänemark wechselten bezügliche Grüßwörter.

Marokko. Der Sultan von Marokko hat, wie dem „Main“ aus Sidi bel Abbes gemeldet wird, an die Grenzämter ein Schreiben gerichtet, in welchem er mitteilt, daß der französisch-marokkanische Streit auf diplomatischem Wege geregelt werde und Uffschub bald geräumt werden würde. Die Klämme müßten sobald die Waffen gegen den Präsidenten Bu Hamara ergreifen.

Nordamerika. Zu einer deutsch-amerikanischen Verbündeteroffener gehalten sich die Teilnahme zweier deutscher Kriegsschiffe an der Flottenparade zu Hampton Roads. Kommodore Kalou vom Hofe, der Flügeladjutant des Deutschen Kaisers Kapitän zur See v. Rebeur-Paschwitz, Marine-Attache Fregattenkapitän Gebbinghaus, der

Kommandant des Kreuzers „Bremen“ Kapitän zur See Zimmermann und Kapitänleutnant Nock sind am Montag auf Einladung des Präsidenten Roosevelt nach Washington abgereist. Neun andere Offiziere vom Kreuzer „Koon“ und vier vom Kreuzer „Bremen“ sind bereits am Sonntag, einer Einladung der amerikanischen Marine folgend, nach Washington gereist. Die deutschen Offiziere erwiderten am Montag den Besuch der englischen Offiziere. Am Dienstag waren die englischen Offiziere sowie die des amerikanischen Linienschiffes „Alabama“ an Bord der „Koon“ zu Gast. Zwischen den englischen Offizieren und denen der „Alabama“ fand eine Wettfahrt mit zwölfstrudigen Ruiten statt, bei der die Amerikaner den Sieg davontrugen; die deutschen Offiziere gratulierten den Offizieren der „Alabama“, die den deutschen Schiffen zugestiftet ist, zu ihrem Erfolg. Für Dienstag waren die deutschen Obermaat und Maate zu einem gemüthlichen Abend auf der „Alabama“ eingeladen.

Mittelamerika. Auf den Präsidenten von Guatemala ist ein Bombenattentat verübt worden. Dem in Hamburg wohnhaften Generalconsul von Guatemala, Gomez Carillo, ist darüber am Dienstag aus Guatemala ein vom 29. April datiertes Telegramm des Ministers des Auswärtigen Barrios folgendes Wortlaut zugegangen: Heute morgen um 8 Uhr explodierte in einer Straße der Hauptstadt Guatemala eine Bombe in dem Augenblick, als der Präsident Estrada Cabrera in einem Wagen vorbeifuhr. Der Präsident ist unverletzt geblieben. Dagegen sind der Chef des Militärkabinetts General José Maria Drellana und der Rutscher des Wagens des Präsidenten verwundet worden. Die Rube ist nicht gehört worden. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Deutschland.

Berlin, 1. Mai. Der Kaiser hörte Dienstag vormittag in Strassburg die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts, sowie des Generals der Kavallerie von Döbner und machte dann einen Spaziergang. Die Abreise des Kaisers aus Strassburg erfolgte gestern nachmittags 3 Uhr 5 Min. mit einem Sonderzuge über Weiszenburg nach Berlin, wo die Ankunft heute (Mittwoch) früh 8 Uhr erfolgte. Zur Verabschiedung waren auf dem Bahnhof erschienen der Kaiserliche Statthalter, der kommandierende General Ritter Heintzel von Gilsheim, der Gouverneur von Kassel und Polizeipräsident Dall. — Die Kaiserin ist gestern abend 9 Uhr von Gomburg v. d. H. nach Berlin abgereist. Sie wird zur Fortsetzung der Baderkur am 4. d. M. nach Gomburg zurückkehren. Prinzessin Viktoria Luise und Prinzessin Alexandra von Schleswig-Holstein verbleiben in Gomburg.

— (Der Bundesrat) hat in seiner Plenarsitzung am Montag auch noch dem Entwurf eines Handelsabkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika die Zustimmung erteilt.

— (Ein Nachspiel zu dem Puttkamerprozess) kündigt die „Wg. Zg.“ an: Der Direktor des Kolonialamts Dernburg beabsichtige gegen den verantwortlichen Redakteur des „Berliner Tageblatt“ wegen des in dieser Zeitung enthaltenen Berichtes über den Puttkamerprozess Strafantrag zu stellen. — Was ist denn in dem Prozeßbericht so Beleidigendes enthalten gewesen?

— (Die Einigung im liberalen Lager.) Am vergangenen Sonntag haben drei Landesorganisationen der freisinnigen Parteien in Sachsen, Schleswig-Holstein und Hessen, deren Verhandlungen und Beschlüsse erfreuliche Fortschritte in der liberalen Einigung bekundeten. Für Schleswig-Holstein sowohl, wie für die Landesorganisation, die den Regierungsbezirk Kassel und Waldeck umfaßt, wurde ein gemeinsamer Arbeitsausschuss der beiden freisinnigen Gruppen bestellt, der in den einzelnen Wahlkreisen in planvoller Weise die Agitation leiten und die Aufstellung von Kandidaten für die Reichstags- und Landtagswahlen rechtzeitig vorbereiten soll. Der Schleswig-holsteinische gemeinsame Arbeitsausschuss setzt sich zusammen aus je drei Delegierten der Volkspartei und der deutsch-freisinnigen Partei; der geschäftsführende Ausschuss der heftig-wahlbestimmten Arbeitsgemeinschaft besteht aus den Landesvorsitzenden der Volkspartei und des Wahlvereins der Liberalen und wird ergänzt durch je einen Delegierten eines jeden politischen Kreises. Dem gemeinsamen Parteitag in Neumünster hatte u. a. der Berliner geschäftsführende Ausschuss des Wahlvereins der Liberalen folgendes Begrüßungs-telegramm überfandt: „Im Zeitalter der Organisation alle Kräfte zusammen zu fassen, dem größeren Gange zu treiben; das ist die Forderung des Tages für den entscheidenden, klaren Liberalismus. Herzliche Grüße zum guten Vorhaben.“ Der vorkommende Vorsitzende v. Elden-Gumburg schloß seine Begrüßungsansprache mit den Worten: „Sorgen Sie dafür, daß die Zeit bald eintritt, wo die liberalen Gruppen nur als eine Partei gerechnet werden.“ (Bravo.)

Aus dem Referat, das der Abg. Dr. Leonhart über die „letzen Reichstagswahlen“ erstattete, sei folgender Ausblick des vorkommenden Abgeordneten in die Zukunft des entscheidenden Liberalismus herbeigeholt: „Wir wollen auch in der gegenwärtigen Situation fechtbar daran denken, daß sehr leicht und vielleicht schon sehr bald der Zeitpunkt wieder eintritt, wo wir uns in der Opposition befinden und zwar in allerhöchster Opposition gegen die Politik der Regierung. Und dieser Zeitpunkt wird dann sofort da sein, wenn die Regierung und die rechts von und stehenden Parteien diejenigen liberalen Gesetzesvorlagen, auf deren baldige Erledigung wir den allergrößten Wert legen müssen, nicht zur Vollendung bringt. Man hat das Wort von einer konservativ liberalen Paarung gesprochen, m. H., ich erkläre diesen Anspruch für einen vollkommenen Unsinn. Es gibt eine Grenze, über welche kein christlicher Liberaler und kein christlicher Konservativer zusammenkommen können. Wohl können wir zusammen arbeiten, da wo es sich handelt um die Erhaltung der Grundlagen des Staates und die Erledigung der laufenden Geschäfte des Reiches, aber die unabweisbare Voraussetzung für dieses Zusammenarbeiten ist, daß die Regierung die Zusage macht, welche sie gemacht. Um der schönen Augen Bülow's oder Dernburg's oder um Fürtengunst treiben wir keine Regierungspolitik.“ (Bravo und sehr richtig!) — Auch auf dem Dreier-Parteitage der freisinnigen Volkspartei in Sachsen beriefte die Parteieinstimmung darüber, daß ein planmäßiges Zusammenwirken mit der freis. Vereinigung — wenn irgend möglich auch mit den Nationalliberalen — durchaus erwünscht sei; man war aber der Meinung, daß die Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses der beiden freisinnigen Parteien sich erübrige und die Verständigung durch die Vorstände der beiden Organisationen erfolgen soll. Auch von den sächsischen freisinnigen wurde mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, daß das zeitweilige Zusammengehen mit den Parteien der Rechten keinerlei Verwässerung der freisinnigen Grundzüge zur Folge haben dürfe. Mit aller Entschiedenheit wies deshalb der Abg. Gintzer die Annäherung des konservativen Abg. Dr. Rosette zurück, daß der Liberalismus die Rolle des Weibes übernommen habe, das den konservativen Namen untertan sein müsse. Die drei freisinnigen Parteien des Reichstages seien ganz besonders darin einig, daß von irgendwelcher Preisgabe ihrer freisinnigen Grundzüge nicht die Rede sein könne. Auch der Abg. Kopsch bezeichnete die Nebenart von der konservativ liberalen Paarung als unfähig, denn uns trennen grundverschiedene Weltanschauungen. Immerhin sei unter Zurückstellung nicht brennender Fragen eine Möglichkeit zu positiver Arbeit gegeben, und die Konservativen hätten auch das ethische Bedenken gelehrt, die Freisinnigen nicht vor den Kopf zu stoßen. Unter allen Umständen werden die Freisinnigen darauf bestehen, daß die preussische Regierung ihnen auf dem Gebiete der Schule entgegenkommen müsse. Die preussischen Schulverhältnisse seien auch von erheblichem Einfluß auf die ganze Politik des Reiches.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 30. April.) Der Reichstag beschäftigte sich am Dienstag mit der auswärtsigen Politik. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die hiesiger Friedenskonferenz und die Wählung. Alle Vertreter der bürgerlichen Parteien lehnten es entschieden ab, daß eine internationale Konferenz Deutschlands das Maß ihrer Rüstungen vorschreiben könne. Abgeordneter Dr. Wiemer sprach für die freisinnige Volkspartei in außerordentlichem Maße. Er bewillkommte die Annahme des Antrages des Grafen Sompelch (Str.), der von der Regierung die periodische Vorlegung von Akten über die auswärtige Politik verlangt, trat für eine Erneuerung des Bundes im diplomatischen Korps ein und sprach sich warm für die Förderung des Gehaltens der internationalen Schiedsgerichte aus. Reichstagslangier Fürst Bülow erklärte, daß Deutschland sich an den Verhandlungen über die Abrüstungsfrage nicht beteiligen werde, weil etwas Praktisches dabei nicht herauskommen werde. Den Antrag Sompelch lehnte der Reichstag ab, weil das Staatswohl vielfach die Geheimhaltung von Akten verlangen. Auch in anderen Ländern, wie in England und Frankreich, werde dem Parlament bei weitem nicht alles vorgelegt. Die italienische Dreibündnistreue ist nach der Ansicht des Fürsten Bülow nicht erschüttert. In Berlin und Marocco habe Deutschland nur wirtschaftliche Interessen, die keinen Anlaß zu Zusammenstößen mit anderen Nationen geben. Er gab zu, daß wir von Feinden eingeschlossen seien, wir könnten uns aber auf unsere eigene Kraft verlassen. Die Debatte über die auswärtige Politik wurde zu Ende geführt. Am Mittwoch wird die Beratung des Etats des Reichstagslangiers fortgesetzt. Außerdem steht der Etat des Auswärtigen Amtes und der Etat der Postverwaltung auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 30. April.) Das Abgeordnetenhaus legte am Dienstag die Beratung der Sekundarabgabenvorlage fort und überließ diese Vorlage der Budgetkommission. Eine große Anzahl Redner brachte wieder lokale Wünsche zur Sprache. Die Zahl der Projekte, die in der Verhandlung aufstachen, war so groß, daß ihre Ausföhrung, wie Minister Breitenbach in seiner Schlussansprache darlegte, die Finanzverwaltung 10 Jahre lang beschäftigen würde. Am Mittwoch kommen die Beamtenpensionsgesetze, das Richterbesoldungsgesetz, ein Antrag des konservativen Abgeordneten Hammer auf Änderung des Kommunalabgabengesetzes und Petitionen zur Beratung.

Anzeigen.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion
dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Familien-Nachrichten.
Die glückliche Geburt eines ge-
sunden Mädchens zeigen hoch-
erfreut an
O. Hänsl u. Frau
Ella geb. Knöchel
Merseburg, 1. Mai 1907.

Für die vielen Ehrungen an-
lässlich unserer silbernen Hochzeit
sagen wir unsern
herzlichen Dank.
L. Dörfel und Frau.

Die **Gemeindeverordneten** dieser Stadt
für 1907, d. h. die Mitte derjenigen Steuer-
pflichtigen, welche mit einem Jahresvermögen
bis zu 900 Mk. veranlagt sind, liegt vom
4. Mai d. J. ab 14 Tage lang in der Stadt-
steuerkasse zur Einsicht offen.
Wegen die Veranlagung steht den Steuer-
pflichtigen binnen einer Ausschlussfrist von
4 Wochen nach Ablauf der Veranlagungsfrist die
Berungung zu, welche bei den Vorliegenden der
Veranlagungs-Kommission, dem Hgl. Herrn
Landrat hierseits anzubringen ist.
Die Frist zur Anbringung der Berungen
läuft demnach mit dem 15. Juni d. J. ab.
Merseburg, den 30. April 1907.
Der Magistrat.

Zwangsversteigerung.
Donnerstag den 2. Mai cr.,
vormittags 10 Uhr,
versteigert sich in der Goldenen Kugel hier
80 Ztr. Speisekartoffeln.
Grosse, Gerichtsvollzieher in Merseburg.

**Königl. Lotterie-
Einnahme,**
Halbesaar, 11a.
Erneuerung zur 6. Klasse 216. Lotterie
muss bis 2. Mai erfolgen.
Kauflose noch zu haben, während der
Ziehung auch gegen Abgabe von Gewinnlosen
Ziehung 5. Klasse vom 6. Mai bis
4. Juni Cutze.

Bekanntmachung.
Der Ankauf von Roggenstroh, Stroggen-
stroh, Weizenstroh, auch mittels Maschinen ge-
bundenes, wenn es vollständig frei von sog.
genannter Abwarte ist, wird bis auf weiteres fort-
gesetzt. Angebote werden mündlich und schrift-
lich entgegengenommen.
Königliches Probiantamt Halle a. S.,
Fremdprobantamt 226.

Auktion.
Am Freitag den 3. Mai d. J.,
von vormittags 9 Uhr an,
werde ich an der **Vandantalt** des Herrn
Schleier im Königl. Schlossgarten weg-
gangshalber:
1 Kohlenstuppen auf Abbruch,
2 Marmorbadewannen, 3 Flügelt-
türen, mehrere Kesseltüren, eine
Partie Zementfliesen, 1 dito Dach-
ziegel, div. starke Fahrposten,
Baumpfähle, Bretter, Hebehäume,
div. Haufen Brennholz, 3 Kanonen-
öfen
sowie 3 Sofas, Chaiselongues, Tische,
Stühle, Spiegel, Bettstellen, 1/2
Dutzend Gartenstühle u. dgl. m.
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung ver-
steigert.
Merseburg, den 28. April 1907.
Friedr. M. Kunth.

Herrschastliche Wohnung
von 5 Zimmern, 2 Kammern, Küche, Speis-
kammer, Bodenlamm, Holzfall, Keller und
Mitteneingang des Hofpflanzens und Trocken-
bodens ist zu vermieten und 1. Oktober zu be-
ziehen. **W. Krüger**, H. Ritterstr. 2 b.
Familien-Wohnungen zu 96, 75 u. 60 Mk.
zu vermieten **Seelitzstr. 13.**

Wohnung.
Die 2. Etage a. d. weißen Mauer 21/23
und die 1. Etage a. d. weißen Mauer 23
sind sofort zu vermieten und 1. Oktober zu be-
ziehen. **Häbers 6.**
Fr. Pege, im Laden Nr. 23.

Wohnungen
im Beile von 200 bis 400 Mk. sofort zu ver-
mieten und 1. Okt. zu beziehen.
Glöcknerstraße 20, Neubau.

2. Etage Oberburgstraße 6
verleumdungshalber sofort bezugsbar.

II. Etage H. Ritterstraße 12, G. M.
H. R. Röhrl, Balken zu vermieten
und 1. Oktober zu beziehen.

Statt besonderer Meldung.

Heute mittag 1 Uhr entschlief sanft und ruhig unsere gute
liebe unvergessliche Mutter, Schwieger-, Gross-, Urgrossmutter
und Schwester, die verw.

Karoline Adler

geb. Gärtner
im Alter von 83. Jahren.
Merseburg, den 30. April 1907.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Trauerfeier findet Freitag nachmittag 3 Uhr im Hause
Dammstrasse 5 statt.

Ganz besondere Gelegenheit!

Mehrere 1000 garnierte und ungaranierte Damenhüte
von einfachsten bis zu dem elegantesten Genre vorrätig.

**Korsetts, Seidenband, Schleier, Tasset, Mützen, Gürtel,
Kragen, Krawatten**

aussergewöhnlich billig.

Neuheiten in Putz treffen täglich ein.

Putzgeschäft Burgstrasse 6.

Trockenschnitzel

empfiehlt **Carl Eckardt.**

**In dieser Saison faust jeder Radfahrer nur noch
„Freienwaldia“.**

Pat.-amtl. gesch. Nr. 89961,

weil es das einzige zuverlässige
Schmiermittel für Fahr- und Motorräder ist.
Keine Lagerdefekte mehr. Höchste Schmierfähigkeit.

Billig im Verbrauch.
Flaschen zu 50 Pfg. und 35 Pfg.
Neumarkt-Drogerie Hermann Emanuel.

Depots:
Otto Bretschneider, Gustav Engel, Emil Pursche,
H. Ritterstr. Wachsenhäuserstr. Neumarkt.

Dampfsägewerk Jetschke, Merseburg,

Halleschestr. 10/11,

empfiehlt sich zum **Lohnschnitt** aller Art Hölzer zu Brettern,
Bohlen, Dielen etc. bei prompter Bedienung und billigster Be-
rechnung. **Bequeme Anfuhr.**

Schmackhafte Kost erzielt die Hausfrau mit

MAGGI Würze. Grosse Würzkraft, deshalb
sehr ausgiebig. Bestens
empfohlen von
Carl Rauch, Markt 28.

In sehr großer Auswahl
treffen heute beste hochtragende und
frischmelkende



Kühe und Kalben

(Diskreien) bei uns ein.

Gustav Daniel & Co.,

Weissenfels a. S., Telephon 150.

Inventar-Auktion in Meuchen

Station der Strasse Plaunzig-Vindenu-Vörken (Alphad-Postern).

Am Dienstag den 7. Mai 1907, von vormittags 10 Uhr ab
sollen wegen Aufgabe der Wirtschaft an dem Reinhold Eschenhaysen'schen
Gehöfte in Meuchen öffentlich meistbietend gegen bare Zahlung verkauft werden:
2 schwere belg. Arbeitspferde (5 und 9 jährig), fünf Kühe,
2 Färken, 1 Kalb, 4 Schweine, ca. 25 Hühner, 2 Gänse,
1 Säemaschine, 2 Reinigungsmaschinen, 2 Stück 2 1/2" Acker-
wagen, 1 Pflanzwagen, 1 Aufschwager, 1 Rübenschneide-
maschine, 1 Schlepplark, div. Ackerwerkzeuge, 1 Saftzug mit
Kartoffelheber, 1 dreiteilige Walze, 1 Fuchsenfah, 1 Dezimal-
waage mit Gewichten, ca. 40 Fahren Dünger, ca. 150 Ztr.
Stroh und alle anderen Vorräte und landwirtschaftlichen
Gebrauchsgegenstände.

Die Bedingungen werden vor der Auktion bekanntgegeben.
Kauflustige sind höflichst eingeladen.
Nussbaum & Friedmann,
Versteigerer, Dörfelstr.

Möbliertes Wohn- u. Schlafzimmer Ein besseres möbliertes Zimmer
zu vermieten Dörfelstr. 16. zu vermieten Kronstr. 2.

Ein möbliertes Zimmer

sofort oder später zu vermieten
Breitestraße 20.

Gut möblierte Wohnung
zu vermieten. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten
ar. Ritterstraße 26.

Schlafstelle
zu vermieten
Eutenstraße 3.

Eine freundl. Schlafstelle
offen
Oberstraßburg 16.

Möbl. Schlafstelle
zu vermieten
Fröhlich, Annenstr. 9.

Laden mit Ladenstube
Dom 5 sofort zu vermieten und zu beziehen.
Häbers
Grabenstraße 1.

12000 Mark
als 1. Hypothek innerhalb der Grundbesitz auf
neu gebauten Grundst. von 1. Oktober d. J.
von pünktlichem Zinszahler gesucht. Beste
Offerten unter W 500 an die Exp. d.
Blattes richten.

Parterre-Räume,
für **Kapierverlage** geeignet, in der
Räde der Wachsenhäuserstr. zu mieten gesucht.
Kapierverleger B. A. Blankenburg.

sein Grundst. gleich welcher Art, hier
oder Umgegenge ver-
kaufen will, sende seine Offerte
vertrauensvoll an J. H. 9284 a.
Kudolf Woffe, Halle a. S.

Wer

ausgeämmtes Haar
samt **Otto Stiebritz, Gohardstr. 9.**

Ein großer Zughund
und ein **Handwagen**
zu verkaufen
Girtenstraße 5 a.

Jünger echter Wolfshund
zu verkaufen
Girtenstraße 5 a.

1 Stab mit dem Kalbe
nicht zum Verkauf
Bischdorf Nr. 26.

Eine neu melkende Kuh
nicht zu verkaufen
Oberbeuna Nr. 30.

Alle vorerwähnten

Reparaturen
an **Fahrrädern, Motor-
rädern und Automobilen**
werden wie üblich ge-
wisshaft, sorgfältig, billigst
angeführt.

Gustav Engel,
Mechaniker,
an
Gottwardstraße.

Entfallene **Fahrräder** u.
Zubehörsstücke liefert billigst,
auch auf Teilzahlung.
Vertreter gelb, Katalog
gratis.

Hans Crome, Einber 201.

Nur echte

Henkel's
Bleich Soda
Garantirt chlorfrei

gibt u. hält blendend
weisse Wäsche

Keine Maus bleibt leben!
Begen Sie „Merkur“ aus. Wirkung frappant!
Dose 50 St., 100 St.
Adler-Drogerie W. Kleslich,
Zuh. Kurt Angel
Central-Drogerie,
Kaiser-Drogerie.

Portwein,

garantirt naturrein, 1 Weisflasche 90 Pf.,
10 Flaschen 8.50 Mk., 25 Flaschen 20 Mk.
echt. Glas.

Neumarkt-Drogerie
Hermann Emanuel.

**Polster-, Tapezierer-
und Dekorateurarbeiten**
werden billigst und gut ausgeführt.
A. E. Schild, Bagnetstraße 2.



Wald-Kauz,

ff. milde aromatische 6 Pf.-Pillar, 100 Stück 57.

Ferner empfehle:

- „Duett“, 10 Stück 40 Pf.
- „Rauche mich“, 10 Stück 60 Pf.
- „Borneo“, 100 Stück 60 Pf.
- „Sumatra-Havana“, 10 Stück 70 Pf.

A. Dietzold,

Dom Nr. 1. Mitglied des Rabatt-Sparvereins.



Naethers Kinder- u. Sportwagen

in den modernsten Farben und Präparaten sind und bleiben die besten. Zu haben im

Kinderwagen-Depot von

Emil Pursche, Neumarkt.

Beifügen Sie mein großes Lager und Sie werden erstaunt sein. Mitglied des Merseburger Rabatt-Sparvereins.

Phönix-

Nähmaschinen,

hervorragende Marke, Rundschüsseln mit Kugellager.

Buttermaschinen,

einfachste und leichtigste, in allen Größen empfesht

Gustav Schwendler, Merseburg.

Bernstein-

Fußbodenlack

in allen Farben, über Nacht trocknend, nicht nachbleibend, in bester Qualität.

Streichfertige Ölfarben,

nur prima Ware.

Sämtliche trockne Farben,

1a. Leinöl, Leinöl, Karbolsäure, Gyps, Zement.

Schablonen

wie bekannt größte Auswahl. Für Maurer die billigste Bezugsquelle.

Neumarkt-Drogerie

Hermann Emanuel.

Billige

Tapeten

neueste Muster bei

Richard Kopper, Markt 10,

Central-Drogerie.



Fahrräder 41 Mk.
O. G. schon für Bessere 56, 68, 85, 100 Mk. Laufdecken 2,90, 3,75, 5 Mk. Schlauche 2,30, 2,75, 3,50. Nähmasch. 27, 35, 44 Mk. Motorrad, Motorwagen, billig. Liste u. Musterbogen gratis.

Scholz, Fahrrad-Stein a. Oder Nr. 52

Donnerstag abend und Freitag früh empfehle

Kaldaunen

Robert Reichardt.

Theater in Merseburg

(„Reichskrone“).

Donnerstag den 2. Mai

einmaliges Gastspiel d. Raumburger Stadttheater-Ensembles
Dir.: M. Günther.

„Musarenfieber“.

Lustspiel in 4 Akten von Stowronski und Kadelburg.

Größtes Zug- und Kassenstück der Saison.

Nur obige Direktion hat das alleinige Aufführungsrecht für Merseburg.

Verlegt.

Licht-Bad „Helios“,

jeht

Weissenfellerstrasse 4, Telephon Nr. 320,

nimmt heute den Betrieb wieder auf. Neu renoviert und neuzeitlich eingerichtet werden alle Arten Bäder verabsolgt. Bannenbäder 1. und 2. Klasse. Brausebäder zu jeder Tageszeit.
E. Träger.

Wilhelm Fuhrmann

Seifenfabrik, Markt 35.

Weisse und hellgelbe Waschseife, eigenes Fabrikat, weiße Schmelzseife, Schmierseife in 5 versch. Sorten, Toilette-Fettseifen, Sämtliche Waschartikel.
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Wahre Foltern!

sind für die oft sehr teuren Wäschestücke beim Waschen die Hand, Bürste, Rämpel, krummes Waschbrett, überhaupt alle Apparate, mittels welcher die Wäsche gerieben und gezerrt wird.

Geehrte Hausfrauen!

Nächsten Dienstag den 7. Mai 1907, 1/2 4 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends, findet im Saale der „Reichskrone“ je ein grosser Vortrag mit praktischer Vorführung statt, bei welchem Ihnen Gelegenheit geboten wird, eine neue Waschmethode kennen zu lernen, mit welcher man die Wäsche

kinderleicht bei allergrösster Schonung

derselben in einem Drittel der früheren Zeit zugleich kochen, dämpfen, desinfizieren und gründlich reinigen kann und sind Sie hiermit zu diesem höchst interessanten Vortrage höflichst eingeladen. Da auch gleichzeitig sehr praktische Bäderapparate mit vorgestellt werden, ist der Besuch auch für Männer sehr zu empfehlen.

Ergebnis
Die Generalvertretung Krauss'scher Werke
Rudolf Erdmann aus Gera, R.

Eintritt frei.



Germania

Fahrräder
welche seit Jahren einen Welttruf genießen.

Bisheriger Versand: 550000.

Seidel & Naumann, Dresden.

Naumanns Schreibmaschine „IDEAL“

Ist eine durch und durch erstklassige Maschine, deren Konstruktion die grösste Dauerhaftigkeit gewährleistet.

H. Baar, Merseburg, Markt 3.

Fahrad- u. Nähmaschinen-Handlung, Reparaturwerkstatt.

Ziehung am 8. Mai.

36. Mecklenburgische

Lotterie

zu Neubrandenburg.

1210 Gewinne i. W. v. Mark

66000

darunter 50 edle Pferde, W. Mark

40000

1157 Silber u. andere wertvolle Gew., W. M.

10000

Hauptgewinn W. Mark

9000

Lose à 1 M., 10 Mark, Porto und amtliche Gewinnliste 20 Pf. extra, durch das Generalloos

H. C. Kröger, Rostock
uno alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

In Merseburg zu haben:
Kaufmann C. Görlich, Oberreitestr. 29.
Louis Schender, Bankgeschäft.
Otto Haer, Zigarrenhandlung.
Kaufmann Carl Hundt, Friedrichstr. 6.
Kaufmann Richard Schurig.
August Brauer.
Kaufmann Carl Herfurth.
Kaufmann Jul. Crommer, Unteraltendamm 8.
Kaufmann Eduard Zimmerer.

Ranstedt.

Sonntag den 5. Mai laubt zum

Ball

freundliche ein

Dauers Restauration.

Feine

Schlachtefest.

Feine

Schlachtefest.

C. Steger, Blumenthalstrasse 1.

Kräftige Arbeiter und Burichen

finden jeberzeit lobnende Beschäftigung.

Königsmühle.

sucht für dauernde Beschäftigung

Hugo Eichhorn,

Landshäckerstrasse.

Eine geübte Näherin

für dauernde Beschäftigung und zwei Vernende per sofort oder später gesucht.

Adolf Schäfer.

Schneiderin fürs Haus

sofort gesucht. Zu erh. i. d. Erzd. b. Bl.

Jüngere Aufwartung

gehört Weigentelstrasse 14 e, 1. Et.

Aufwartung

sofort für den ganzen Tag gesucht

Unteraltendamm 53 I.

Aufwärterin

für den ganzen Tag sofort gesucht. Näheres durch die Erzd. b. Bl.

Ein Paket, rotes Papier, Inhalt schwarz-Blau, und weissgestrichelte Seide, vom Bahnhofs bis Schlichter's Restaurant verloren. Gegen gute Bescheinigung abzugeben bei:

A. Kluge, Feiler, Bahnhofsstrasse 1.

Ein schattiger Schäferhund, rotbraun mit weißer Halskraute, angebunden. Abgeholen Frankleben, Teichmarkt Nr. 6.

Gelbe spanische Taube

entflogen. Wiederbringen erd. Bescheinigung. Erzd. b. Bl.

Warnung

Barne hierdurch diejenige Person, welche meine Tochter Selma in falschen Ruf bringen will, wird hiemit ersucht, sich an die Behörden zu wenden.

Fritz Büchsenhuss.

Unserer heutigen Nummer liegt ein Probeheft der Zeitschrift Schwetfisch & Seidel, Zeitschrift und Verlagsanstalt in Spremberg 2/2, bei.

Hierzu eine Beilage.

Die Maiseier.

Auch in diesem Jahre rüstete sich die deutsche Sozialdemokratie, den „Weltfeiertag des Proletariats“ würdig zu begehen. Aber man hat bereits angefangen, einzuflehen, daß es nicht so einfach ist, eine „Weltwende“ herbeizuführen, wie es sich die Arbeiter der roten Internationalen einst gedacht haben. Der sozialdemokratische Parteivorstand war klug genug gewesen, die Forderung der Arbeitstube für diesmal nicht aufzustellen. Wo lange und schwere Konflikte mit den Arbeitgebern zu erwarten waren, da durfte mit hoher Genehmigung des Parteivorstandes auch am 1. Mai gearbeitet werden. Zweifellos hat die sozialdemokratische Leitung nur aus der Not eine Tugend gemacht und ihre prinzipiellen Forderungen „diplomatisch“ verschleierte, weil sie sich sagte, daß die „Genossen“ doch nicht der Parole einer allgemeinen Arbeitstube folgen würden. Gerade im jetzigen Augenblicke ist aber die wirtschaftliche Lage so gespannt, daß die Arbeiter ihrem wohlverstandenen Interesse widerstandtun würden, wenn sie aus reinem Prinzipienstreit es auf einen Lohnkampf ankommen lassen wollten. Sie haben ohnehin schon bei den verschiedenen Streiken, wie beim Streik der Schauerleute in Hamburg, sehen müssen, daß die Arbeitgeber doch noch nicht willens sind kapitulieren zu lassen, wenn es den Organisationen der Arbeiter einfaßt, neue Bedingungen zu diktiert. Die Zeit, in welcher die Arbeitgeber kurzzeitig genug waren, die organisierten Arbeiter auseinander treiben zu wollen, ist im wesentlichen vorüber. Heute erkennt man fast überall an, daß an dem Koalitionsrecht der Arbeiter nicht gerüttelt, ja, daß es auf eine feste Grundlage gestellt werden muß. Der erste Versuch der Reichsregierung, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine auf eine feste Grundlage zu stellen, ist allerdings infolge der Auflösung des Reichstages gescheitert, was braucht auch nicht weiter beklagt zu werden, da es sich um einen Versuch mit unzulänglichen Mitteln handelte. Aber die kommende Verfassung des Reichstages wird das Problem von einer anderen Seite angefaßt; das Reichsvereinsgesetz, das Graf Hofadewitz bis dahin fertig zu stellen versprochen hat, wird zunächst der Rückständigkeit und Verschlepptheit der Vereinsgesetzgebung ein Ende machen, es wird aber auch für die Arbeitervereine bessere Lebensbedingungen schaffen. Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine läßt sich dann als zweites Stadium dem Vereinsgesetz anfügen. Es darf auch als sicher gelten, daß die sozialpolitische Mehrheit des Reichstages dieses Werk durchführt. Je weniger aber die Arbeiter Grund zu der Klage haben, daß man ihren Zusammenschluß hindern wollte, um so mehr müssen sie damit rechnen lernen, daß die Arbeitgeber gleichfalls aus ihrer Berechnung herausgetrieben und sich zu festen Organisationen verbinden. Diese Ermüdung ist noch nicht abgeschlossen, aber sie zeigt sich mit Notwendigkeit. Es wird damit zum mindesten die Möglichkeit gegeben, daß sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer untereinander über die Arbeitsbedingungen verständigen. Aber die Maiseier paßt in diesen Zusammenhang nicht mehr hinein. Sie drückt doch im Grunde aus, daß die Arbeiter allein die Bedingungen der Arbeit zu regeln haben. Das revolutionäre Proletariat glaubt sich stark genug, der bürgerlichen Gesellschaft trotzen zu können. Das hat sich als ein Irrtum erwiesen. An der festgesetzten Ordnung des bestehenden Staates hat sich die Sozialdemokratie die Zähne ausgebeißt. So ist es deshalb nur ein Zugewinn an den Zwang der Dinge, wenn die Sozialdemokratie verneint, aus der Maiseier eine Kräftprobe zu machen.

Deutschland.

— Der Herausgeber der Hohenzollern-Memoiren, Präsident Curtius vom Oberkonfessionarium in Straßburg, hat, wie der „Hann. Cour.“ mitteilt, auf Wunsch der Mitglieder des Oberkonfessionariums seine Absicht, infolge der unterlassenen Zuziehung zur kaiserlichen Tafel zu demissionieren, zurückgestellt. Das Oberkonfessionarium hat die Einreichung einer Immediatengabe an allerhöchster Stelle beschlossen, in welcher am Schluß dem Kaiser die Bitte unterbreitet wird, dem Oberkonfessionarium und seinem Präsidenten das bisherige Vertrauen auch weiter zu erhalten.

— Der katholische Pfarrer Grandinger hat nun doch wieder die liberale Landtagskandidatur in Naiba, die er bereits angelehnt wegen „Freibereiten im liberalen Lager“ niedergelegt hatte, angenommen, nachdem er einstimmig von einer Wähler-Versammlung als Kandidat aufgestellt worden war.

— Zu Ehren der Maiseier sind nicht raufieren zu lassen, dieses Amtinnen stellen die organisierten Barbier- und Friseurgehilfen im „Volk-

blatt“ an die zerbewussten Genossen. Es sei ungerecht, sich am 1. Mai raufieren oder das Haar schneiden zu lassen, „weil dadurch die Barbier, welche ihre Geschäfte am 1. Mai gern geschlossen halten möchten, gezwungen sind, sie offenzubehalten und Gehilfen und Lehrlinge zu beschäftigen, mit Rücksicht — auf die Maiseiernden. Die einfachsten proletarischen Moralbegriffe rechtfertigen unser Verlangen, am 1. Mai die Barbier- und Friseurgeschäfte nicht zu besuchen und uns nicht an der Arbeitstube zu hindern oder doch von deren Ausübung nicht zu erschrecken — aus den eigenen Reihen.“ — Für ebenso „ungerecht“ halten wir es, daß die Maiseiernden am 1. Mai in Sälen und Restaurationen Versammlungen und Zusammenkünfte veranstalten, denn dadurch werden ja die sozialdemokratischen Kellner und Gastwirte auch gehindert, den 1. Mai würdig durch Arbeitstube zu begehen. Wir setzen voraus, daß die Barbier- und Friseurgehilfen, um den Anderen mit gutem Beispiel voranzugehen, am 1. Mai deshalb beliebige keine Lokale aufsuchen. Der heißt es hier vielleicht: Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes!

Parlamentarisches.

— Die Budgetkommission des Reichstages verhandelte am Dienstag über den Etat für Kautschou. Die Abg. Erzberger (Ztr.) und Dr. Leonhart (Fr. Vpt.) führten aus, daß nach ihren Informationen die Bauverwaltung in Kautschou zu kostspielig arbeite, was unter Berücksichtigung der dortigen niedrigen Arbeitslöhne sehr verwunderlich sei. Ein Vertreter des Reichsmarineamts erklärte die hohen Baukosten mit den hohen Materialpreisen. Eine Resolution, die Ersparungen für die Ablegung des einjährig-freiwilligen Exzams in Kautschou fordert, fand einstimmige Zustimmung, nachdem die Regierung ihr Einverständnis damit erklärt hatte. Bei Forderung für Befestigungen bauten in Kautschou legte der Staatssekretär des Marineamts v. Tirpitz dar, daß es sich bei der Befestigung natürlich nur um eine Abwehr gegen etwaige Seinenaufläufe handele, nicht etwa um eine Abwehr gegen eine europäische Macht oder Japaner. Abg. Frdr. v. Richthofen (Fonf.) wies sich gegen die pessimistischen Auffassungen über die Zukunft Kautschous. Abg. Bebel (Soj.) hielt Kautschou infolge der veränderten Situation in Europa für völlig unhaltbar und die Befestigungen deshalb für überflüssig. Staatssekretär v. Tirpitz betont, daß auch die Regierung keinerlei pessimistische Anschauungen über die Entwicklung Kautschous hege. Abg. Mommsen (Fr. Vgg.) wünschte nähere Einzelheiten über die von der Regierung beabsichtigten Befestigungen. Staatssekretär v. Tirpitz ver sprach, diese Einzelheiten dem Reichstag demnächst vorzulegen und erklärte, die Regierung wolle mit ihren Befestigungen sich nur für den Ernstfall eine starke Neutralitätsposition schaffen. Hierauf wurden die Forderungen für die Befestigungen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt, ebenso dann der Rest des Etats. Die Kommission ging dann zur Beratung des Marineamts über. Abg. Mommsen (Fr. Vgg.) regte an, einen Techniker an die Spitze des Konstruktionsbureaus des Reichsmarineamts zu stellen. Abg. Dr. Leonhart (Fr. Vpt.) besprach eingehend die vielen Änderungen, die fortgesetzt bei den Neubauten besonders der Kaiserklasse vorgenommen werden und interpellierte die Regierung nach den Erfahrungen, die sich bisher mit Turbinendampfen gemacht habe. Weiter trat er für eine Hebung der Stellung der Marineingenieure ein. Staatssekretär v. Tirpitz erwiderte, daß kostspielige Umbauten allerdings sänftig gemacht werden müßten, da die anderen Staaten das Gleiche tun. Die Verwaltung befreite sich jedoch der größten Sparmaßnahme. Die Prüfungen des Turbinenbetriebs seien noch nicht abgeschlossen. Anfangs habe die deutsche Industrie noch keine brauchbaren Systeme bauen können. Jetzt sei das aber der Fall. Einer Hebung der Stellung der Ingenieure stand er wohlwollend gegenüber. — Abg. Mommsen (Fr. Vgg.) trat ebenfalls für eine Besserstellung der Ingenieure ein. Beim Kapitel „Seelforg“ sprachen mehrere Zentrumsabgeordnete den Wunsch aus eine bessere geistliche Fürsorge der Marineoldaten ein. Abg. Storz (Dsch. Vpt.) wünschte, daß bei der Vergabung der Zuschußleistungen die sehr leistungsfähigen württembergischen Volkswarenfabriken mehr zu berücksichtigen. Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Vgg.) regte eine bessere Fürsorge für die Zahnkranke an. Abg. Mommsen (Fr. Vgg.) begrüßte die Neuorganisation der Baubeamtenstellungen und sprach für eine Besserstellung der Werkmeister auf den Werften. Auf Antrag Dr. Leonhart (Fr. Vpt.) wurde einstimmig beschlossen, den Titel „Allgemeinen Werft-

betrieb“ im Etat 1908 eingehend zu spezifizieren. Hierauf erfolgt die Beratung auf Mittwoch vormittag.

Volkswirtschaftliches.

— Ueber die Anlage und den Betrieb von Bäckereien, die bisher nur durch ortspolizeiliche Vorschriften geregelt worden sind, sollen jetzt auf Veranlassung der beteiligten Reformminister regierungspolizeiliche Verordnungen erlassen werden. Die „Rdn. Ztg.“ ist in der Lage, aus dem Entwurf der Verordnung mitzuteilen, daß er die Befestigung der sogenannten Kesterrackstaben anstreift, indem er vorschreibt, daß in der Regel der Fußboden der Arbeitsräume nicht tiefer als einen halben Meter unter dem ihn umgebenden Erdboden liegen soll. Ausnahmen kann der Regierungspräsident zulassen, wenn durch zweckmäßige Isolierung des Bodens und ausreichende Licht- und Luftzufuhr den gesundheitslichen Anforderungen entsprochen ist. Die Arbeitsräume selbst müssen mindestens drei Meter hoch und mit einer ausreichenden Zahl von Fenstern versehen sein, die unmittelbar ins Freie führen; auf jeden Arbeiter müssen mindestens 15 Kubikmeter Luftraum kommen. Damit in den Arbeitsräumen die peinlichste Sauberkeit herrsche, haben die Betriebsinhaber für ausreichende Wasserversorgung zu sorgen, die die vorgeschriebene gründliche Reinigung der Hände und Arme vor dem Frühstück und Teigmachen ermöglicht. Die Arbeitsräume selbst sind von Ungeziefer frei und bauernd in reinlichem Zustand zu halten; die Fußböden müssen täglich, die Wände, soweit sie nicht mit Kalk gestrichen sind, vierteljährlich mindestens einmal abgewaschen werden. Ähnlich sind die Tische, Geräte, Gefäße, Tücher usw. zu behandeln, die nur zu Betriebszwecken benutzt werden dürfen. Personen mit ansteckenden oder eitererregenden Krankheiten dürfen nicht beschäftigt werden; das Rauchen, Kauen und Schnupfen von Tabak ist in den Arbeitsräumen und während der Arbeit verboten; desgleichen das Auspucken auf den Boden. Schließlich wird durch die Verordnung eine Unruhe bestraft, die leider trotz der vorhandenen guten und verhältnismäßig nicht kostspieligen Maschinen noch ziemlich verbreitet ist, nämlich das Warbeiten des Teiges mit den Füßen. Zwischenhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Geldstrafen bis zu 60 Mk. und im Falle des Unvermögens mit entsprechender Haft bestraft.

— Daß es den Freisinnigen mit der Erhöhung der Beamtengehälter nicht ganz ernst ist, meint der freisinnigste Abg. Frdr. von Jedlich feststellen zu können. Er befragt in einem im „Tag“ veröffentlichten Artikel die Finanzierung der Erhöhung der Beamten- und Lehrerbeförderung und sagt dabei: Entgegen dem Finanzminister, der den Mehrbedarf in der Hauptsache durch Erhöhung der direkten Steuern decken wollte, erklärten die Freisinnigen Bedingung ohne jede Erhöhung der direkten Steuern lediglich durch Änderung der Art der Staatsaufstellung. Hierdurch werde von den Freisinnigen beabsichtigt, einen starken Druck auf die Bemessung des Aufwandes für die Beamten- und Lehrerbeförderung zu üben. „Es wäre aber geradezu verhängnisvoll, wenn diese nicht nach dem wirklichen Bedürfnis, sondern aus finanziellen Rücksichten niedriger bemessen würden.“ — Einmalig Abg. Frdr. v. Jedlich. Wir weisen vorläufig die Zustimmung auf das entschiedenste zurück, als wollten die Freisinnigen Staatsfragen vorschreiben, um den Beamten nicht die größtmögliche Erhöhung ihrer Gehälter zuzuteilen zu lassen. Für die Freisinnigen kommt zweierlei in Betracht: einmal alle gerechtfertigten Gehaltsansprüche der Beamten zu befriedigen, zweitens aber auch eine Mehrbelastung der Steuerzahler zu vermeiden. Diese beiden Ziele lassen sich sehr gut vereinigen und es ist völlig unnötig, daß der freisinnigste Führer die Freisinnigen vor einer unzulänglichen Beförderung reformiert. Die freisinnige Volkspartei ist von jeher für auskömmliche Beamtengehälter eingetreten und sie wird das jetzt, da ihre Fortleben endlich der Bewältigung entgegensteht, erst recht tun. Die Beamten wissen auch recht wohl, woran sie bei den einzelnen Parteien sind!

— Gegen eine raffelförmige Wahlenumschreibung spricht sich sogar die von den Konservativen naheherstehende „Tag. Rundschau“ in einem Leitartikel aus, der die Schäden und Schattenseiten des Steuerprojekts ausführlich beleuchtet und mit den Worten schließt: „Man mag gern das Bestreben anerkennen, das Kleinvermögen retten zu wollen; derartige Steuerexperimente aber, wie die beantragte Sondersteuer, befanden ein Maß volkswirtschaftlicher Erkenntnis, das auf die Praxis übertragen der deutschen Wirtschaftspolitik nun und nimmermehr zur Ehre gereichen kann.“

Provinz und Umgegend.

W. Raumburg, 30. April. Evangelischer Bund. Heute kündigt einige Fahnen mehr, als gefehlt, was für eine Veranstaltung in unseren Mauern sagt. Indes hätten der Bitte des Fest ausschusses, die Häuser mit Fahnen zu schmücken, noch in ganz anderem Maßstabe entsprochen werden können, zumal sogar die konfessionslose Gießerei ihre Wagen mit Fähnchen ausgestattet hatte, die lustig im Winde flatterten. Zum geizigen Bericht ist noch nachzutragen, daß der Text, den Herr Superintendent Professor Witthorn aus Merseburg in jünder Weise behandelte, das Wort des Apostels Paulus war: Waget, steht fest im Glauben, seid männlich und seid stark. Leider ist die Musik in dem gemaltigen Kirchenraum nicht allzumal, so daß den ferneren Sängern zumal bei dem tiefen Organ, des Redners leider manches entging. Der Kirchenchor von St. Wendel unter Leitung des Herrn Lehrers Kunze trug dazu bei, sowohl den Gottesdienst als auch die nachfolgende öffentliche Versammlung zu verschönern. Diese fand in dem schönen und geräumigen, mit zwei Gallerien versehenen Saale der „Reichskrone“ statt. Die äußerst zahlreiche Beteiligung männlicher und weiblicher Zuhörer bewies, welches Interesse das Wirken des Bundes auch in unserer Stadt gefunden hat. Nach Begrüßungen des hiesigen Zweigvereins, wofür der Vorsitzende des Hauptvereins Herr Justizrat Elze-Halle in warm empfindender Rede dankte, folgte die Festrede des Herrn Pfarrers Horn aus Halberstadt, die den schwingvollen Titel: „Das hohe Heil vom Kampf und Sieg für's Evangelium“ vollauf rechtfertigte. Heute früh 7/8 Uhr wurde Glockengeläut und Chorablass von Turm der Benediktinerkirche diejenige, die etwa noch in den Federn lagte. Sie mußten sich aber sehr beeilen mit ihrer Toilette, denn um 8 Uhr begann die Besichtigung unseres herrlichen Domes, zu der sich eine große Anzahl lustvoller Fahnen eingedrungen hatte. Die gemalten Fenster, die Altartafeln, die Raubverzierungen an den Pfeilerkapitelen, die Schnitzereien und alten Gemälde und der ganze mehrschichtige Bau fanden eingehende Würdigung. Am 9. Ubr tagte eine geschlossene Mitgliederversammlung wieder in der Reichskrone. Der sichtlich unter körperlicher Indisposition leidende Herr Superintendent Dr. Schimmler sprach das Eingangsgebet, die Eröffnungssprache Herr Justizrat Elze. Die von ihm als Aufgabe des Vereins hingestellte Bekämpfung nicht nur des Ultramontanismus, sondern auch der Sozialdemokratie dürfte nicht bei Allen Zustimmung gefunden haben, da der Bund dadurch zum politischen Verein würde. Eine Fülle tatsächlichen Materials und wirkungsvollen Anregungen brachte der Vortrag von Pastor Dr. Frey aus Göttingen „Unsere Aufgaben gegenüber der Ausbreitung der römischen Kirche in unserer Provinz.“ Ganz im Stillen aber mit unermüdlicher Tätigkeit, arbeitet die römische Kirche besonders auch durch Ausübung der Krankenpflege daran, ihr letztes Ziel: Refabrikation unserer Provinz und des ganzen Deutschland zu erreichen, und es kaumlich und beunruhigend sind die Erfolge, die sie seit dreißig Jahren erreicht hat. Vorbildlich dagegen für uns ist ihre Art, wie sie die katholischen Säkulargänger ihrer Kirche und leider auch ihrer Nationalität zu erhalten sich bemüht. Eine kurze Debatte förderte noch manches Interessante zu Tage, doch wurde die ganze Sache zu vorbereitender Behandlung durch den Vorstand vertagt. Der durch Herrn Pastor Jahr in Altheimleben ersuchte Jahresbericht ergab ein Wachstum des Hauptvereins um 997 Mitglieder. Neben erfreulicher steter Zunahme einiger Vereine (Merseburg stieg von 113 auf 156 Mitglieder) ist leider hier und da auch eine kleine Abnahme zu verzeichnen. Zu beklagen ist, daß der Adel und die höhere Beamtenenschaft diesem in der Zeit der Zentrumsherrschaft natürlich in Regierungskreisen nicht sehr beliebt gemessenen Verein bisher recht kühl gegenüber gehalten haben. Nun, vielleicht ändert sich das jetzt auch. Nach Erledigung der Jahresrechnung, Aenderung der Satzungen und Wahl des Vorstandes, der durch Zuruf wiedergewählt wurde, wurde die Versammlung geschlossen, es folgte das fast besuche Festessen im Ratskeller, bei dem es an den üblichen Tischreden nicht fehlte und ein Spaziergang nach den schönen Anlagen des Bürgergartens. Die Gastfreundschaft der Raumburger hat sich durch reichliche Bewirtung von Freizeitaner und herrliche Aufnahme der Gäste das denkbar beste Zeugnis ausgeföhrt. Zu hoffen und zu wünschen ist, daß der hiesige 320 Mitglieder zählende Zweigverein durch diese Versammlung zu weiterer tatkräftiger Arbeit und gedeihlichem Wachstum angeregt werden wird und daß das Verständnis für die hohe nationale und religiöse Bedeutung des G. Bundes, der im Kampfe gegen ultramontanen Uebergriffe und römische Herrschaftsgelüste in erster Reihe steht, in immer weiteren Kreisen lebendig werden wird. Gerade in unserer wohlhabenden, geistig hochstehenden und z. T. über viel Zeit verfügenden Einwohnerchaft liegen noch so viel Kräfte brach, die Verwendung

finden könnten zum Segen des Evangeliums und des deutschen Vaterlandes.

† Jena, 30. April. Seit einiger Zeit bemerken Handarbeiter, die im Kaiserfeld Steudnitz bei Dornburg beschäftigt sind und in Baraden auf dem nahen Berge schliefen, daß sie bestohlen wurden. In vergangener Nacht wurde der Dieb erwischt und von einem der Handarbeiter, der mit ihm handgemein geworden war, erschlagen. Des Erschlagenen Persönlichkeit ist nicht genau festgelegt. Der Arbeiter, der den Dieb erschlagen hatte, trug sehr schwere Verletzungen am Kopfe davon, so daß er in die Klinik nach Jena gebracht werden mußte. — Bei Neunhünna sind heute nacht infolge Brandstiftung die neuen Bohrtürme niedergebrannt.

† Blauen (Bogll), 30. April. Wie der „Bogll. Anz.“ meldet, hat sich gestern abend in der achten Stunde, offenbar in einem Anfall von Geistesstörung, der in den schätzer Jahren lebende Privatmann Pleßch von hier von der Mitte der 20 m hohen Friedrich-August-Brücke auf die gepflasterte Straße hinabgestürzt. Er war sofort tot.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 2. Mai 1907.

„Mai. Der lieblichste Monat des Jahres, in dem die Natur ihr Festgewand anlegt und die Erde wie ein frischgeblühtes Mädchen im Jauber ihrer Jugend Schönheit prangt, hat begonnen. Zwar schien gestern das unfreundliche kalte Wetter sein Wesen noch nicht zu prophezeien; doch bald wird und muß es doch anders werden! Und wenn auch die ersten Tage noch kühl und freundlich sein sollten, wir leben der Zuversicht, daß der Mai seinen Charakter rechtserhigen wird. Der Mai bleibt der Frühlingsmonat an sich. Wenn sein Name genannt wird, so denkt man an ein wunderbares Blüten- und Sprossen. Lenzesjüngling und Lenzesjubiläum gehört zu ihm. Unsere Altvordern hatten ihre besonderen Spiele mit Maibaum und Maifönigin. Im weltelnden Kulturstrom unserer Tage ist manches verfunken, aber die Maibirke bringt immer noch ein Stückchen Poesie ins Haus. Und die Maientanz mit ihrem Sehen und Hoffen ist auch noch nicht ausgekoren. Junge Liebe schmämt und träumt, Selbig kauft sich die Welt vor der lachenden Seele auf. Just so, wie's im mittelalterlichen Minnelied der fahrenden Schüler heißt: die Bäume schau'n so grün und reich, die Vögel singen allzugleich, da werden Mädchenherzen weich; o Lenzeswonne, neugeboren! Was Herz nicht jetzt in Liebe glüht, ist für der Liebe Lust verloren! Traute Erinnerung längst vergangener Jahre — wie fällt sie so oft an seltsame Maionnen an! Als das Herz noch so jung war, als es so feurig für ein geliebtes Wesen schlug! Man ist älter, reifer, verständiger geworden und es klingt doch eine füllige Saite an, wenn der Lenzesmond seine bergeliebende Herrschaft beginnt. Nur einmal blüht im Jahr der Mai, nur einmal im Leben die Liebe! . . . Es ist als ob der sieghafte König Mai mit seiner strahlenden Klarheit ein frischer, büriger Lebensbote wäre. Hinter ihm liegt der Jauberputz der Walpurgisnacht, Moosberggrüt und Herantanz, schauerlich wildes Geleise und gespensterhafter Wirrwarr, dunkle, gestimmte Mähne und unheimliche, höhnende, drohende Töne; — da leuchtet die Maionne auf, und es ist alles vorbei. . . . Etwas so Tröstliches, so Freude und Freude Spendendes hat der Mai. Wollen ihn froh und dankbar willkommen heißen. Er liebt die hellen Jubelstimmen. Er möchte die Menschengesichter recht glücklich sehen. Er will unser Freund und Bruder sein. Begreiflich, daß der alte, prächtige Matthias Glaubius den ersten Maionnen besang, daß er sich wägen und vor Freude schreien wollte, denn er kommt mit seiner Freunden Scherz aus der Morgensröte Hallen, einen Blumenkranz um Brust und Haar, und auf seiner Schulter Nachtigallen. . . .

„Fabrgelderstattung. Vom 1. Mai an wird die bisher bei der Erledigung von Eisenbahn-Fabrgelderstattungsgelegenheiten inebaltene Schreibgebühr von 1 Mark nicht mehr erhoben. Gestaltungsgebühren über Beträge von zusammen nicht mehr als 0,50 Mk. bleiben, wenn kein Rechtsanspruch besteht, unberührt. Auch ist bei Nichtausübung von Schnellzugskarten oder Schnellzugzuschlagkarten eine lediglich auf Billigkeitsrückfragen zu stügende Erstattung von Teilbeträgen der nach Zonen berechneten Schnellzugzuschläge ausgeschlossen.

„Als Geschworene für die am Montag begonnene dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode in Halle sind von hier die Herren Maurermeister Karl Gunkler und Leinhardt Paul Dietrich ausgelost worden.

„Rufstörenden Lärm verursachten am Montag abend in der Unterlänburg zwei Fuhrleute einer Halleischen Expeditionfirma, welche beauftragt waren, eine Fuhr nach Nebl zu schaffen. Sie kamen erst spät abends und angetrunken hier an, so daß der Empfänger der Sendung, Herr Bädermeister S., erklärte, das Nebl nicht mehr abladen lassen zu

wollen. Die darob ergrimten Fuhrleute schlugen nun einen derartigen Lärm, daß sich bald eine zahlreiche Menschenmenge ansammelte. Als ein Polizeigewalt die angetrunkenen Rufeherer arrelieren wollte, setzten sich diese zur Wehr, und erst nach vieler Mühe gelang die Feststellung der Namen der Fuhrleute, die sich nunmehr noch vor dem Gericht zu verantworten haben.

„Theatervorstellung. Auf das heute abend in der „Reichskrone“ hier stattfindende Gastspiel des Raumburger Stadttheater-Ensembles „Hufarenfieber“, Kuppel in 4 Akten von Adelberg und Schwormer, machen wir an dieser Stelle nochmals besonders aufmerksam. Der Vorverkauf findet bei den Herren Kaufmann Grabner, Kaufmann Fuchs und in der „Reichskrone“ statt.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

S. Spergau, 30. April. Es ist wirklich und wahrhaftig wahr: Spergau erhält Pflaster. Seit acht Tagen sind zahlreiche Arbeiter des Unternehmers Herrn Schulte aus Weisenfeld damit beschäftigt, die Straße durch das Dorf auszubastern. Nachdem bereits die Strecke vom östlichen Ende des Dorfes bis zum Gasthof zur Linde fertig gestellt ist, hat heute eine zweite Kolonne, aus Tischlern bestehend, damit angefangen, die bei der ersten Strecke begonnene starke Erziehung abzutragen, welche bisher bei schlechtem Wetter für die Pferde oft nur mit Mühe zu überwinden war. In den nächsten Tagen wird auch mit der Anfuhr des in der neuerdings erweiterten kommunalen Kreisgrube genannten Kieses und der Pflastersteine begonnen werden, so daß zu hoffen ist, daß die Arbeiten bis zum Beginn der Ernte fertig sein werden. Spergau wird dann allerdings um eine bisherige Lebenswürdigkeit ärmer sein, um seine Straßen bei Regenwetter. Doch wird man diesen Verlust wohl bald verschmerzen. — Der Neubau der Käuferschule aber steht leider noch im weiten Felde. Zwar sollen, wie man hört, die Zeichnungen und Anschläge schon vor acht Tagen endlich hier eingetroffen sein, um dem Gemeindefiskus und dem Schulvorstande vorgelegt zu werden. Da aber noch verschiedene andere Behörden ihr Gutachten abzugeben haben, so wird allgemein befürchtet, daß der Heißt heranommen wird, bis der erste Spatenstich getan wird, so daß unsere Schullinder wohl noch einen zweiten Winter sich in die einzige noch vorhandene Kiste werden ziehen müssen. — Herr Lehrer Uhardt, der dritte Lehrer, der in der nun abgelaufenen Kälteperiode am Typhus erkrankte und der letzten Monate krank war, hat von der Gemeinde Schadenersatz für seine Arzt-, Apotheker- und Pflegekosten verlangt. Da die Gemeinde aber durch Haftpflichtversicherung bei dem Allgemeinen Versicherungsverein in Suitzart gedeckt ist, ist dieser für sie eingetreten und hat im Wege des gültigen Vergleichs eine Summe von angeblich fünfshundert Mark an Herrn Uhardt gezahlt. Keine Gemeinde sollte versäumen, sich ebenfalls gegen Haftpflicht zu versichern, um sich vor vielleicht sehr großem Schaden zu bewahren. — Wenn die umgebenden Gerüchte wahr sind, hat Spergau Aussicht, in die Reihe der Badorte einzutreten. Ein hier wohnender Herr hat nämlich das Wasser des sog. Köbelbrunnens, einer Quelle außerhalb des Dorfes, das schon immer wegen seiner Reinheit und seines Wohlgeschmacks geschätzt gewesen ist, chemisch untersuchen lassen und es ist das Vorhandensein mehrerer Stoffe festgestellt worden, die dem Wasser die Eigenschaften des Astringens und Karibader Wassers, doch ohne dessen schädlichen Geschmack, verleihen. Merkwürdigerweise entspringt im Dorfe noch eine andere Quelle, deren Wasser gerade die entgegengesetzte Wirkung hervorbringt, so daß für die Liebhaber der verschiedenen Art gefordert ist. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen, doch wird ein günstiger Ausfall derselben als sicher angesehen. Sollte derselbe sich bestätigen, so wären die Folgen für unseren Ort unabsehbar. — Die Unterföhrungsarbeiten an dem Bahnübergang der Lebziger Straße schreiten rüthig vorwärts. Das Mauerwerk der westlichen Seite des Tunnelns ist soweit vorgeht, daß in der nächsten Woche mit der Verlegung der schon bereitgestellten anderen Hälfte der Brücke begonnen werden kann. Dann bedarf es nur noch der Entfernung der zwischen den beiden Mauern stehen gebliebenen Erdmassen und der Fertigstellung des neuen durch den Tunnel führenden Weges, der sich bei der Tongrube mit dem alten Wege vereinigt. Auch an diesem Wege sind die Aufschüttungen bald beendet, so daß demnach mit der Pflasterung begonnen werden kann.

S. Mädeln, 30. April. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde Kenntnis genommen von den Revisionssprotopollen der Stadt- und Sparkasse vom März 1907. Dem Antrage des Kgl. Amtsgerichts zu Mädeln auf Anschaffung von Doppelfenstern und einer Doppeltür wurde bedingungsweise stattgegeben; ebenso wurden zwei Anträge auf

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von dem Verlagshaus 1 M., monatlich 33 Pf.; durch die Postämter und die Post bezogen 1,20 M., durch den Postboten ins Haus 1,60 M., Einjahrsnummer 5 M.
Erscheint wöchentlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertage; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 farbiger Modebeilage.
4 seitige landwirtschaftliche u. handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einfache Zeile oder deren Raum 1. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. (Binnen-Abendblätter 20 Pf.)
Reklamen pro Seite 30 Pf. Die Wiederholungen Rabatt. Waggern werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annoncenstellen entgegengenommen.
Kochbrannt unserer Originalberichte nur mit Zustellungsgabe gestattet. Für unvollständige Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 102.

Donnerstag den 2. Mai 1907.

33. Jahrg.

Die Reichstagsrede des Fürsten Bülow über die internationale Lage.

Der Reichskanzler hat am Dienstag bei Beratung des Staats des Auswärtigen Amtes im Reichstage die Schuld nicht nur des jährlich erscheinenden Publikums, sondern auch der Abgeordneten und nicht zum wenigsten der Journalisten auf eine harte Probe gestellt, indem er erst die Redner sämtlicher größeren bürgerlichen Parteien sprechen ließ, ehe er selber auf die von den verschiedenen Seiten an ihn gerichteten Anfragen das Wort ergießt zu einer nur halbherzigen, aber wohlwollend und von tiefem Ernst getragenen Rede über die augenblickliche Position Deutschlands in der auswärtigen Politik. Diese Zurückhaltung des Reichskanzlers, der freiwillig vorausgeschickte, daß er nur auf diejenigen Fragen antworten werde, von deren Beantwortung er sich einen Nutzen verspreche, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß trotz aller officiösen Verschönerungsversuche auch die Reichsregierung die derzeitige internationale Lage um einige Grade ernster beurteilt als zum Schluß der letzten Legislaturperiode, wo Fürst Bülow auf die mit dem Abg. Wassermann vereinbarte Interpellation dem Reichskanzler über den Stand unserer damaligen Beziehungen zum Auslande Auskunft gab.

Schon die äußere Disposition der Rede des Reichskanzlers, die in ihrer ersten Hälfte sich ausschließlich mit der Haager Konferenz beschäftigte und erst ganz zum Schluß mit weniger, aber höchlich wohlhabenden Worten auf die Beziehungen zu England, Frankreich, Italien und die englisch-russische Verhandlung über Berlin einging, ließ erkennen, daß es noch gewisse unausgeglichenen Differenzen in unseren Beziehungen zu einzelnen Mächten gibt, die besser vorläufig aus der öffentlichen Diskussion auscheiden.

Für die Regierung hat die heutige Weisung unserer auswärtigen Politik durch den Reichstag zweifellos den einen nicht gering anspitzelnden Vorteil, daß die Reichsregierung in der Lage ist, falls die am 15. Mai zusammentretende Haager Konferenz über die Frage der Abrüstung, für welche nach der Mitteilung des Reichskanzlers noch von seiner Seite konkrete Vorschläge gemacht worden sind, in eine Diskussion eintreten sollte, darauf hinweisen zu können, daß ihre Nichtbeteiligung von sämtlichen bürgerlichen Parteien der deutschen Volkvertretung gebilligt wird. Der Abg. Dr. Wissener hat namens der drei freimüthigen Gruppen mit Recht betont, daß an sich zwar die Abrüstungsfrage auf einer Friedenskonferenz durchaus diskutabel

wo wir nur volle wirtschaftliche Gleichberechtigung verlangen, betrachte die deutsche Regierung aufmerksam, „aber ohne Agitation“. Die englisch-russische Verhandlung über Berlin habe nur den Zweck, „eine alte Streitfrage zu beistimmen“.

Auch die Frage, welche Bedeutung und welchen Wert der Dreibund z. Zt. für uns noch hat, die bei früheren Gelegenheiten von dem Reichskanzler sehr eingehend behandelt worden ist, wurde von ihm nur kurz gestreift, als er seine Ausführungen mit der Mahnung schloß: „Pflegen wir unsere Freundschaften, unsere Bündnisse; von der Feindschaft zwischen anderen Ländern können wir allein nicht leben.“

Wiel bemerkt wurde in der Rede des Reichskanzlers auch die wiederholt wiederkehrende Bemerkung, daß wir „eine ruhige, feilige und sachliche auswärtige Politik im Verein mit der Sammlung aller unserer inneren Kräfte treiben müssen“. Er vergaß nur hinzuzufügen, daß es nicht Schuld des Reichstages gewesen ist und nach Lage der konstitutionell leider sehr eingeschränkten Stellung des Reichstages auch nicht sein konnte, wenn unsere auswärtige Politik bisher die Sittlichkeit und Sachlichkeit leider nur zu oft vermissen ließ. Die auch vom Reichskanzler nicht verkannten Schwierigkeiten und Gefahren, denen Deutschland infolge seiner geographischen Lage ausgesetzt ist, können nach Ansicht des Reichskanzlers nur durch „ruhiges Selbstvertrauen“ überwunden werden.

Zwischenbüch nahm der Reichskanzler Stellung zu der von allen Parteien erhobenen Forderung, daß dem Reichstag mehr als bisher authentisches Material über den Gang der auswärtigen Politik zugänglich gemacht werde. Der Abg. Dr. Wissener verlangte mit Recht, daß die Mitwirkung des Parlamentes auch in der auswärtigen Politik gesichert werde. Aber gerade aus diesem Grunde — der Reichskanzler gliedert darüber vorsichtig hinweg und ließ das Motiv nur durchblicken — lehnt die Regierung diese Forderung vorläufig wenigstens noch ab. Man ist eben an gewissen Stellen noch immer nicht zu der Erkenntnis gekommen, daß gerade die Mitwirkung der Volkvertretung auch in der auswärtigen Politik nur geeignet ist, in Zeiten internationaler Krisen die Position eines Landes gegenüber den auswärtigen Mächten zu stärken.

Aus Rußland.

Wie wenig Achtung vor der Reichsduma in Regierungskreisen besteht, wo man in dem Parlament mehr ein Dekorationsstück als einen gesetzgebenden Faktor zu sehen scheint, beweist das Auftreten des Kriegsministers in der geheimen Sitzung vom Montag. Es war vorauszusetzen, daß es über die Rekrutierungsvorlage zu lebhaften Debatten kommen würde. Wenn aber der Kriegminister sich hinstellte und den Erwählten des Volkes mit dürren Worten sagte: „Wir brauchen Euch eigentlich gar nicht, Ihr müßt bewilligen oder wenn Ihr es nicht tut, dann ist es auch noch so und wir haben Rekruten ohne Eure Zustimmung aus“, so kann man sich wohl denken, welches Echo eine solche Sprache in der Duma fand. Obwohl die Sitzung am Montag geheim war, ist doch folgendes über ihren Verlauf in die Öffentlichkeit gedrungen:

Der Kriegminister erklärte, nach dem Kriege mit Japan sei es besonders notwendig, das militärische Prestige Rußlands aufrecht zu erhalten. „Sollen Sie uns das erforderliche vergrößerte Rekrutenkontingent nicht bewilligen“, sagte er, „so werden wir es ohne Sie ausgeben auf Grund des Paragraphen 119 der Staatsgrundgesetze“. Darauf verlas der Kriegminister diesen Paragraphen. „Sie müssen uns die verlangten Soldaten bewilligen“. (Großer Lärm im ganzen Hause. Rufe: Wir befinden uns nicht in einer Kaserne! Sprechen Sie nicht mit uns wie mit Soldaten!) Abgeordneter Heizen (Rabot) forderte das Haus auf, angesichts eines so entsetzlichen Vorgehens die Ruhe zu bewahren. (Allgemeiner Beifall außer bei der äußersten Rechten.) Heizen fuhr fort: „Als der Kriegminister in solchem Tone sprach, vergaß er, daß er zu Vertretern des ganzen russischen Volkes sprach. Der Minister kann Courtisane von der Duma nur beanspruchen, wenn er selbst sich eines höflichen

Tones bedient.“ Dessen forderte dann die Duma auf, die Worte des Ministers zu ignorieren und die sachliche Debatte zu eröffnen. Gegen Schluß der Sitzung kam es dann zu heftigen Auseinandersetzungen, als der Sozialdemokrat Surabowrief, solange das gegenwärtige autoritäre Regime fortbesteht und die Arme zum Polizeidienst im Innern verwendet werde, würden sie immer die moralischen Eigenschaften sehen, gegen einen äußeren Feind zu kämpfen. Nach weiteren Angriffen gegen den Thron und die Arme vergrüßerte sich der Lärm. Die Mitglieder der Rechten kürzten, trampelten und schlugen mit den Fäusten auf die Tische. Die anwesenden Minister verließen den Saal. Infolge der Unruhen schloß der Präsident Golowin die Sitzung um 8 Uhr. Die Weiterberatung der Rekrutierungsvorlage wird am Dienstag vormittag 11 Uhr anberaumt.

Am Dienstag vormittag 11 Uhr hat die Reichsduma die Debatte wieder aufgenommen und die Regierungsvorlage betreffend die Festsetzung des Rekrutenkontingents mit 193 gegen 123 Stimmen angenommen. Nach einer weiteren Debatte wurde eine von einer Kommission ausgearbeitete Uebergangsformel zur Tagesordnung einstimmig angenommen, wobei die Sozialdemokraten sich der Stimmen enthielten.

Die Polen haben sich bei ihrem Eintreten für die Rekrutierungsvorlage von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß die Autonomie Polens im Rahmen des großen russischen Reiches unwichtigwert sei. Deshalb müßte die russische Arme stark erhalten werden. Allerdings mißbilligten auch sie vieles, was die Heeresverwaltung angeordnet habe.

Eine außerordentliche Sitzung des Ministerrats hatte im Laufe der Montagnacht stattgefunden. Es soll in ihr wegen eventueller Auflösung der Duma zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Stolypin und Schwarnbach gekommen sein. Der Kriegsminister soll erklärt haben, der Kaiser werde, wenn die Duma die Rekrutierungsvorlage nicht annehmen und wenn der armenische Abgeordnete Surabow nicht aus derselben entfernt würde, oder aber seine Vorkämpfer und Beschimpfungen nicht zurücklasse, die Duma auflösen, da er nie zulassen würde, daß seine Arme derartig beschimpft werde.

Von Räubern überfallen wurde nach einem Telegramm aus Petetermoslaw Montag nacht der auf der Station Gorjainowo haltende Personenzug. Der Versuch der Räuber, die Kasse zu rauben, mißlang, doch nahmen sie dem im Zuge befindlichen privaten Kassenboten 30 000 Rubel ab. Die Räuber sind entkommen.

Nachdem die Duma am Dienstag das Rekrutenkontingent hauptsächlich mit Hilfe der Polen angenommen hatte, wurde noch von den Oppositionsparteien ein parlamentarischer Handreich gegen das stark gelichtete Haus mit Erfolg verübt. Die Duma nahm nämlich einstimmig einen Antrag an, wonach die Feldgerichte unverzüglich aufzuheben seien, obwohl deren Wirtsamkeit schon in den nächsten Tagen von selbst erlischt. Den Verlauf der Dienstagssitzung, an deren Schluß die Duma in die Osterferien ging, schildert uns nachstehender Bericht:

Peterburg, 30. April. Der gefährteste heutige Tag ist gefahrlos vorübergegangen. Die Duma hat die Rekrutierungsvorlage mit einer Mehrheit von 73 Stimmen angenommen, und zwar mit 193 Stimmen gegen 120. Großes Verdienst daran haben die Polen, die 42 Stimmen dafür abgaben. Hätten sie sich der Abstimmung enthalten, wie es die linken Parteien gewünscht, so wäre die Sache recht schief gegangen. Nach der Abstimmung hielt Präsident Golowin eine Ansprache, worin er die gehörigen Mißfälle gegen die Arme als einen groben, bedauerlichen Mißgriff hinstellte. Die Arme verdiene die gehörigen Worte in keiner Beziehung. In der heutigen Sitzung brachten nun unterwar 40 Dumaabgeordnete einen Gesetzentwurf ein zur Aufhebung der Feldgerichte wie Revolution aller Prozesse während der Tätigkeit der Feldgerichte durch die ordentlichen zuständigen Gerichtshöfe. Die rechten Parteien protestieren dagegen energisch. Es wurde trotzdem abgestimmt, und das Haus, dessen Mitglieder schon zum großen Teil schon in die Osterferien aufgebrochen waren, nahm die

